

Die Zusammenarbeit im urbanen Glattal

TA
26.4.07

Ich möchte anhand zweier Tatsachen und einem daraus entstehenden Konflikt einen Lösungsansatz aufzeigen, um die rasante Siedlungsentwicklung im Glattal mit politisch tauglichen Strukturen zu begleiten.

Tatsache 1: Der Kanton Zürich besteht aus 171 Gemeinden, die in 12 Bezirken organisiert sind. 171 Gemeinden, «die jede für sich das Gleiche will und jede sich für die Welt hält» (Das Magazin Nr. 44/2005). In der Hälfte dieser Gemeinden leben weniger als 10 Prozent der gesamten Kantonsbevölkerung. Das sind aber auch 171 Gemeinden mit eingeschränkter Autonomie – man spricht von noch rund 20 Prozent Eigenständigkeit, die die einzelnen Gemeinden haben. Der Kanton besteht aber auch aus 146 Schulgemeinden, 220 Zweckverbänden und sechs Planungsgruppen unter dem Dach der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU). Und all diese Gebilde überschneiden sich, und ihre Organisation wird zunehmend komplexer.

Tatsache 2: Der Grossraum Zürich ist ein einziger Siedlungsraum mit der Kernstadt Zürich und den Agglomerationsräumen. Im Falle des Glattals spricht man von der Netzstadt Glattal oder Glattalstadt: Gemäss dem Leitbild der Planungsgruppe Glattal ein Raum, mit künftig gegen 150 000 Einwohnern und fast so vielen Arbeitsplätzen. Das heisst, die Gemeinden wachsen zusammen, Gemeinden mit gemeinsamen Aufgaben wie Siedlungsgestaltung, Verkehrssysteme, Versorgung, Entsorgung, Bildung, Soziales, Gesundheit und Kultur.

Diese zwei Tatsachen erzeugen Konflikte, weil die Gemeindestrukturen des 19. Jahrhunderts die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht lösen können. Das zeigt sich exemplarisch bei der Verkehrerschliessung in Gemeinden, deren Siedlungsentwicklung sich konsequent nach der Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr richten sollte. Tut sie aber nicht, weil jede Gemeinde ihre eigenen Siedlungszonen definieren will. Und das zeigt sich an den Rändern der Gemeinden, die vernachlässigt werden, weil die Ränder oft nicht interessieren. Aber hinter dem Rand ist nicht Nichts, sondern da liegt die nächste Gemeinde. Und diese denkt leider auch so.

Der Lösungsansatz liegt bei neuen Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Es geht dabei nicht um die Abschaffung des Föderalismus, sondern um seine

Revitalisierung, wie dies Avenir Suisse in der Studie Baustelle Föderalismus beschreibt, und es geht darum, den Föderalismus in neuen Strukturen demokratisch wieder zu beleben. Zwar gibt es Vorgaben im Leitbild des kantonalen Raumplanungsbericht 2005 des Kantons Zürich zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, und auch das Agglomerationsprogramm des Bundes verlangt regionale Träger-schaften. Und die existieren ja zum Teil mit den Planungsgruppen, dem Verein Glow und den Zweckverbänden. Aber diese Gruppen, Vereine und Verbände sind nicht institutionalisiert und wenig oder gar nicht demokratisch abgestützt. Die in den verschiedenen Verbänden ein-sitzenden Gemeindepräsidenten werden einwenden, sie seien ja demokratisch gewählt. Das stimmt – aber nur für ihre Gemeinde und nicht für überkommunale Verbände, die nicht parteiproportional zusammengesetzt sind.

Spätestens seit Inbetriebnahme der ersten Etappe der Glattalbahn im vergangenen Dezember ist klar: Im Glattal ist eine faszinierende Entwicklung mit riesigem Potenzial im Gang – mit Chancen und Risiken. Eine Stadtwanderung in diese Entwicklungsgebiete gibt spannende Einblicke und Eindrücke in eine sich verändernde Region. Um mehr zu sein als die Summe der Einzelteile, müssen wir uns als Teil der Metropole Zürich verstehen. Ziel muss sein, die Lebensqualität durch eine

Siedlungsentwicklung zu steigern, die sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig ist. Der kürzlich vom Zürcher Regierungsrat publizierte «Nachhaltigkeitsbericht Kanton Zürich» stellt dazu eine tragfähige Basis dar.

Für den Lebensraum Glattal heisst das eine städtebaulich und landschaftlich hoch stehende Besiedelung und eine verkehrstechnisch optimale Erschliessung. Für diese Herausforderung sind die heutigen Gemeindestrukturen nicht mehr geeignet. Dazu sind grössere, logischere und demokratischere Organisationseinheiten notwendig.

Peter Anderegg, Dübendorf



Peter Anderegg (56) aus Dübendorf vertritt die Sozialdemokratische Partei des Bezirks Uster seit 2002 im Zürcher Kantonsrat. Der Maschinen-Ingenieur ist Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt.